

Die steuerliche Behandlung deutsch-englischer Erbfälle

Von Dr. Philipp Albrecht



Carl Heymanns Verlag KG · Köln · Berlin · Bonn · München

Inhalt

Vorwort	V
Literatur	XIX
Verzeichnis der englischen Entscheidungen	XXV
Abkürzungen	XXXI
Einleitung und Gang der Darstellung	1
1. Teil Steuerliche Behandlung deutsch-englischer Erbfälle aus der Sicht des englischen Rechts – Das englische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	5
<i>1. Kapitel Die Rechtsquellen des englischen Erbschaftsteuerrechts</i>	<i>7</i>
<i>2. Kapitel Die Steuerpflicht</i>	<i>11</i>
A. Tatsächliche Wertübertragungen – »actual transfers of value«	11
I. Verfügung – »disposition«	11
1. Tatsächliche Verfügung	11
2. Fiktive Verfügung	12
II. Wertverringerung des Gebervermögens	14
1. Begriff des Vermögens	14
2. Verbindlichkeiten	15
3. »Excluded property«	15
4. Wertverringerung	15
III. Ausnahmen: Keine Wertübertragungen	15
1. Verfügung Trustbegünstigter über ihre Berechtigung	16
2. Fehlende Absicht einer unentgeltlichen Zuwendung	16
3. Verfügungen für den Unterhalt von Familienangehörigen	17
4. Einkommensteuerrechtlich abzugsfähige Verfügungen	19
5. Beiträge an einen Pensionsfonds	19
6. Verfügungen von »close companies« zugunsten von Arbeitnehmertrusts	20
7. Verzicht auf Entlohnung oder deren Rückzahlung	21
8. Verzicht auf Dividenden	21
9. Verpachtung landwirtschaftlichen Vermögens	22
10. Handlungen der v. T. w. Berechtigten in bezug auf den Nachlaß	22
B. Fiktive Wertübertragungen	23
I. Steuerpflicht im Todesfall	23
1. Vermögensübertragung unmittelbar vor dem Tod	23
2. Handlungen der v. T. w. Berechtigten in bezug auf den Nachlaß	24

II. Wertübertragungen von »close companies«	27
1. Begriff der »close company«	27
2. Wertübertragung durch die »close company«	28
3. Verteilung des übertragenen Wertes auf die Teilhaber	28
4. Der übertragene Wert	28
5. Ausgenommene Vorgänge	28
III. Ende eines »interest in possession«	30
1. Privatrechtlicher Hintergrund	31
2. Begriffsbestimmungen	32
3. Das Konzept der Besteuerung von »interests in possession«	39
4. Das Ende von »interests in possession«	40
5. Ausnahmen: Keine Steuerpflicht trotz des Endes eines »interest in possession«	41
3. Kapitel Ausnahmen: Trotz »transfer of value« kein »chargeable transfer«	45
A. Unbedingte Ausnahmen	45
I. Ausnahmen, die (im Prinzip) nur für tatsächliche Wertübertragungen gelten	45
1. Jährliche Ausnahme	45
2. Kleine Geschenke	46
3. Normale Aufwendungen aus dem Einkommen	46
4. Ausnahmen für Geschenke angesichts einer Eheschließung	48
II. Ausnahmen, die für tatsächliche und fiktive Wertübertragungen gelten	50
1. Übertragungen zwischen Ehegatten	50
2. Übertragungen für wohltätige Zwecke	51
3. Übertragungen an politische Parteien	54
4. Übertragungen an registrierte Wohnungsgesellschaften	55
5. Übertragungen an nationale Einrichtungen und dergl.	55
6. Übertragungen nationaler Kulturgüter	55
7. Übertragungen an Unterstützungsfonds für nationale Kulturgüter	56
8. Übertragungen an Arbeitnehmertrusts	57
9. Korrekturen	58
10. Wegfall der rechtlichen Wirksamkeit von Übertragungen	58
III. Verhältnis der Ausnahmen zueinander	59
B. Potentiell ausgenommene Übertragungen – »potentially exempt transfers«	59
I. Wichtige Rechtsfolgen	60
II. Voraussetzungen	60
1. Empfänger	61
2. Einschränkungen	61
III. Gleichgestellte Fälle	62
1. Aufgabe des Vorbehalts der Nutzung	62
2. Leistung auf eine nicht berücksichtigungsfähige Verbindlichkeit	63
IV. Verhältnis zu den anderen Ausnahmen	63

V. Anti-Umgehungsvorschriften	63
1. Die Regel	64
2. Korrekturen	65
VI. Vermeidung einer Doppelbelastung	66
1. Potentiell ausgenommene Übertragungen	67
2. Nicht potentiell ausgenommene Übertragungen	68
C. Geschenke unter Vorbehalt einer Nutzung	69
I. Normzweck und Regel	69
II. Ausnahmen	69
III. Voraussetzungen	70
1. Schenkweise Verfügung durch eine Person	70
2. Keine Übernahme von Besitz und Genuß des Geschenkes durch den Empfänger	71
3. Kein vollständiger Ausschluß des Gebers von jeglicher Nutznießung	72
4. Vorbehaltene Nutzung oder gegenständlich beschränktes Geschenk?	74
IV. Surrogationen	75
1. Veräußerung des geschenkten Gegenstandes	75
2. Schenkung durch den Beschenkten	76
3. Gratisaktien	77
4. Tod des Beschenkten	77
5. Errichtung eines Trusts	77
V. Vermeidung einer Doppelbelastung	78
1. Voraussetzungen	78
2. Rechtsfolgen	79
D. Bedingt ausgenommene Übertragungen (kulturell bedeutender Vermögensgegenstände)	79
I. Voraussetzungen	80
II. Verhältnis zu anderen Ausnahmen	81
III. Steuerpflichtige Ereignisse	81
IV. Ausnahmen	82
V. Umfang der Steuer	82
4. Kapitel Wertermittlung	85
A. Der durch eine Wertübertragung – »transfer of value« übertragene Wert	85
I. Tatsächliche Wertübertragungen	85
1. Andere Steuern	86
2. Kosten der Verfügung	86
3. Verfügung für eine teilweise Gegenleistung	86
II. Fiktive Wertübertragung im Todesfall	87
1. Forderungen aufgrund einer lebzeitigen Veräußerung für eine teilweise Gegenleistung	87

2. Veränderungen des Erblasservermögens infolge des Todes	88
3. Beerdigungskosten	88
4. Verwaltungskosten von Auslandsvermögen	88
5. Rückfall von Trustvermögen an den Trustgründer infolge des Todes des »life tenant«	88
6. Außerachtlassung bestimmter Pensionen	89
7. Außerachtlassung des Wertes von Wald	89
8. Erbschaftsteuerschulden aufgrund früherer Übertragungen des Erblassers	91
9. Schuldenabzug nur bis zur Höhe des freien Vermögens	91
10. Kein Abzug von Verbindlichkeiten, die »trustees« eingegangen sind?	92
11. Anti-Umgehungsvorschriften	92
III. Fiktive Übertragungen aufgrund tatsächlicher Übertragungen von »close companies«	96
1. Das »grossing-up«-Prinzip	97
2. Werterhöhung des Teilhabervermögens	97
IV. Fiktive Übertragung beim Ende eines »interest in possession«	100
1. Bestimmung des Trustvermögens, an dem das »interest« bestand . .	100
2. Gegenleistung für eine Verfügung über das »interest in possession«	102
3. Erwerb des Trustvermögens aufgrund des Endes eines »interest in possession«	102
4. Beteiligung an einer »close company« als Trustvermögen	103
B. Begünstigungen für betriebliches und für landwirtschaftliches Vermögen . . .	103
I. Begünstigung für betriebliches Vermögen	104
1. Kategorien betrieblichen Vermögens und Reduzierungssätze	104
2. Der übertragene Wert, der auf betriebliches Vermögen entfällt . . .	114
3. Tod des Gebers innerhalb von 7 Jahren nach der Übertragung . . .	117
II. Begünstigung für landwirtschaftliches Vermögen	120
1. Landwirtschaftliches Vermögen und sein landwirtschaftlicher Wert	121
2. Reduzierungssätze	122
3. Weitere Voraussetzungen	125
4. Begünstigung für Anteile an einer Gesellschaft	128
5. Tod des Gebers innerhalb von 7 Jahren nach der Übertragung . . .	130
III. Verhältnis der Begünstigungen zueinander	133
1. Begünstigung für betriebliches Vermögen und Begünstigung für landwirtschaftliches Vermögen	133
2. Begünstigung für landwirtschaftliches Vermögen und Begünsti- gung für Wald	134
3. Begünstigung für betriebliches Vermögen und Begünstigung für Wald	134
IV. Begünstigungen für betriebliches und für landwirtschaftliches Vermö- gen sowie die Regeln über den Vorbehalt der Nutzung	135
1. Voraussetzungen der Regel	135
2. Rechtsfolgen	135

C. Bewertung	137
I. Gegenstand der Bewertung	137
II. Grundregel – Marktwert	137
1. Hypothetischer Verkauf	138
2. Hypothetischer Markt	138
3. Verkauf natürlicher Einheiten	138
4. Hypothetischer Verkäufer und hypothetischer Käufer	138
5. Zeitpunkt des hypothetischen Verkaufs	139
6. Erzielter Preis	139
7. Im Ausland belegene Vermögensgegenstände	139
8. Konkretisierungen der Marktwertregel	140
III. Besondere Bewertungsregeln	140
1. Verwandte Vermögensgegenstände – »related property«	140
2. Belastete Vermögensgegenstände	142
3. Verfügungsbeschränkungen	142
4. Lebensversicherungen	144
5. Geldforderungen	145
6. Leuthäuser	145
7. Bewertung von Verbindlichkeiten	145
D. Begünstigungen durch Neubewertung	146
I. Übertragungen innerhalb von 7 Jahren vor dem Tod	146
II. Übertragungen im Todesfall	146
1. »Qualifying investments«	147
2. Grundvermögen	158
3. Neubewertung nach fiktiver Höherbewertung	164
E. Der durch einen »chargeable transfer« übertragene Wert	167
I. Teilweise ausgenommene Übertragungen	167
1. Einführung	167
2. Definitionen	168
3. Verteilung des übertragenen Wertes auf ausgenommene und nicht ausgenommene Teile der Übertragung	169
4. Sonderregeln für die Verteilung der Steuerlast im Innenverhältnis	176
II. Das »grossing-up«-Prinzip	177
1. Tatsächliche Wertübertragungen	177
2. Fiktive Wertübertragungen	179
3. Potentiell ausgenommene Übertragungen	179
III. Reduzierung des durch einen »chargeable transfer« übertragenen Wertes	180
1. Abzug der »Capital Gains Tax«	180
2. Begünstigung durch Neubewertung für Übertragungen innerhalb von 7 Jahren vor dem Tod	180
5. Kapitel Berechnung der Steuer	187
A. Die Additionsregel	187

I. Die Regel	187
1. Addition zur Ermittlung der Steuersätze	187
2. Anhebung des steuerfreien Betrages	187
3. Der aktuelle steuerfreie Betrag	187
4. Der steuerfreie Beitrag bei potentiell ausgenommenen Übertragungen	188
5. Schutz der Additionsregel gegen verspätete Steuererklärungen	188
II. Ausnahme von der Additionsregel	188
B. Berechnung der Steuer für lebzeitige Übertragungen	189
I. Von vornherein steuerpflichtige Übertragungen, die der Geber 7 Jahre überlebt	189
II. Von vornherein steuerpflichtige Übertragungen innerhalb von 7 Jahren vor dem Tod des Gebers	189
III. Potentiell ausgenommene Übertragungen, die der Geber nicht 7 Jahre überlebt hat	190
IV. Reihenfolge von Übertragungen	191
C. Berechnung der Steuer für Übertragungen im Todesfall	192
I. Steuersätze	192
II. Begünstigung einer Übertragung, die kurze Zeit nach einer vorangegangenen erfolgte	192
1. Regel für freies Vermögen	192
2. Regel für Trustvermögen	193
3. Berechnung der anrechenbaren Steuer	193
4. Keine Berücksichtigung von »reversionary interests«	194
5. Mehrere Übertragungen kurz nach einer vorangegangenen	195
6. Kapitel <i>Besteuerung von »discretionary trusts« – die besonderen Besteuerungsvorschriften</i>	197
A. Einführung	197
B. Die »periodic charge«	199
I. Die Steuerpflicht	199
II. Der zu versteuernde Wert	201
1. Bewertung	201
2. Begünstigung für betriebliches und landwirtschaftliches Vermögen	201
C. Die »exit charges«	201
I. Die »main exit charge«	202
1. Die Steuerpflicht	202
2. Der zu versteuernde Wert	202
II. Die »depreciatory transactions charge«	202
1. Die Steuerpflicht	202
2. Der zu versteuernde Wert	203
3. Ausnahme von der »depreciatory transactions charge«	203

III. Ausnahmen von den »exit charges«	204
1. Steuerpflichtiges Ereignis innerhalb von 3 Monaten nach Anfall der »periodic charge«	204
2. Kosten des Trustvermögens	205
3. Einkommensteuerrechtlich abzugsfähige Leistungen	205
4. Umwandlung von »relevant property« in »excluded property«	205
5. Umwandlung von »relevant property« in Vermögen eines Arbeitnehmertrusts	205
6. Umwandlung von »relevant property« in Vermögen eines Fonds zur Unterhaltung historischer Gebäude u. dergl.	206
7. Verwendung von »relevant property« für wohltätige Zwecke	207
8. Steuerpflichtiges Ereignis innerhalb von 2 Jahren nach dem Tod des Trustgründers	208
9. Anordnungen nach dem »Inheritance (Provision for Family and Dependents) Act 1975«	208
D. Der maßgebliche Steuersatz	209
I. »Neue settlements«	209
1. »Periodic charges«	209
2. »Exit charges« vor der ersten 10jährigen Wiederkehr des »settlement«-Beginns	213
3. »Exit charges« nach der ersten 10jährigen Wiederkehr des »settlement«-Beginns	216
II. »Alte settlements«	217
1. »Periodic charges«	217
2. »Exit charges« vor der ersten 10jährigen Wiederkehr des »settlement«-Beginns	218
3. »Exit charges« nach der ersten 10jährigen Wiederkehr des »settlement«-Beginns	219
E. Bevorzugte Vermögensgegenstände	219
I. »Accumulation and maintenance trusts«	220
1. Begriff	220
2. Besondere »exit charges«	222
II. »Protective trusts«	224
1. Begriff	224
2. Ratio der Sonderregeln	225
3. Regel für alte »protective trusts«	225
4. Regel für neue »protective trusts«	226
III. »Trusts« für Behinderte	227
IV. Vorübergehend wohltätige »trusts«	227
V. Arbeitnehmertrusts	228
1. Begriff	228
2. Besondere »exit charges«	230
VI. Fonds zur Unterhaltung historischer Gebäude und dergl.	231
VII. Pensionsfonds	232
1. Begriff	232

2. Steuerliche Behandlung, sofern keine »interests in possession« existieren	232
3. Steuerliche Behandlung, sofern »interests in possession« existieren	232
VIII. Kulturell bedeutende Vermögensgegenstände	233
1. »Exit charges«	233
2. »Periodic charges«	234
F. Überlebensklauseln	234
7. Kapitel <i>Internationales englisches Erbschaftsteuerrecht</i>	237
A. Grundregel	237
B. Die steuerliche Behandlung von »excluded property« im einzelnen	238
I. Tatsächliche Wertübertragungen	238
II. Fiktive Wertübertragung im Todesfall	239
III. Fiktive Wertübertragung beim Ende eines »interest in possession«	239
IV. Fiktive Wertübertragung aufgrund der Wertübertragung einer »close company«	239
V. Aufgrund der besondere Besteuerungsregeln steuerpflichtige Ereignisse	240
C. »Domicile«	241
I. »Domicile of origin«	241
II. »Domicile of choice«	242
III. »Domicile of dependence«	243
IV. »Deemed domicile«	245
1. Die Zwei-Jahres-Regel	245
2. Die Aufenthaltsregel	246
3. Geltungsbereich	247
V. Weitere Bedeutung des »domicile«	247
VI. Grund für die Maßgeblichkeit des »domicile«	248
D. Ort der Belegenheit	249
I. »Choses in action«	249
1. Einfache Forderungen	249
2. Forderungen aus einem Akkreditiv	249
3. »Specialty debts«	250
4. Ausgeurteilte Forderungen	250
5. Rechte an Inhaberpapieren	250
6. Aktien	250
7. Berechtigung der Begünstigten vor Abschluß der Nachlaßverwaltung	250
8. Rechte an »settled property«	250
9. Beteiligung an einer »partnership«	251
10. Goodwill	251
11. Patente und Handelsmarken	251

II. Rechte an Grundvermögen	251
III. Bewegliches Vermögen	252
E. »Excluded property« trotz Belegenheit im Vereinigten Königreich	252
I. Steuerbefreite Regierungsanleihen	252
II. Kanalinseln, Isle of Man	255
III. Angehörige ausländischer Streitkräfte	255
IV. »Quasi-excluded property« – Fremdwährungskonten	255
V. Ausländische Kunstwerke	256
F. »Excluded property« und die Regeln über den Vorbehalt der Nutzung	257
8. Kapitel Erbschaftsteuerrechtliche Behandlung von »reversionary interests«	259
A. Grundregel	259
B. Ausnahmen von dieser Grundregel	259
I. Erwerb der »reversionary interests« für eine Gegenleistung	259
II. Unbeschränkte Inhaberschaft durch den Gründer des »settlement« oder seinen Ehegatten	260
III. »Reversionary interest« nach Ablauf eines »lease«	261
C. Erwerb eines »reversionary interests« durch einen am »settled property« Berechtigten	261
D. »Reversionary interests« im internationalen Erbschaftsteuerrecht	262
I. »Excluded property« aufgrund von räumlichen Gesichtspunkten	262
II. »Reversionary interests« als »settled property«	264
9. Kapitel <i>Englisches Erbschaftsteuerrecht und ausländisches, insbesondere deutsches Zivilrecht</i>	265
A. Die Problemstellung	265
B. Lösungsansätze	267
I. Auslegung von Sec. 43(2)	267
1. Die Bedeutung des ersten Halbsatzes	267
2. Die Bedeutung des zweiten Halbsatzes	268
II. Familienrechtliche Statusbegriffe	269
III. Fazit	270
1. Keine grundsätzliche Unanwendbarkeit bei Maßgeblichkeit auslän- dischen Zivilrechts	270
2. Auslegungskriterien	271
C. Bedeutung von Sec. 43(2) in deutsch-englischen Sachverhalten	271
Teil 2 Steuerliche Behandlung deutsch-englischer Erbfälle aus der Sicht des deut- schen Rechts – deutsches Erbschaftsteuerrecht und englisches Zivilrecht ..	275
1. Kapitel <i>Die Problemstellung und ihre methodische Bewältigung</i>	277

A. Die Problemstellung	277
B. Lösungsansätze	278
1. Das sogenannte Qualifikationsproblem des internationalen Steuerrechts	278
2. Kritik der Rechtsprechung	279
3. Analoge Anwendung des Erbschaftsteuergesetzes	281
2. Kapitel <i>Einzelfälle englischen Zivilrechts und deutschen Erbschaftsteuerrechts</i> ...	283
A. »Administration of estate«, gesetzliche Erbfolge, testamentarische Erbfolge ..	283
I. Das englische Sachrecht im Überblick	283
1. Die »administration of estate«	283
2. Das gesetzliche Erbrecht	285
3. Testamentarische Zuwendungen	286
II. Räumliche Gesichtspunkte	286
1. Internationalprivatrechtliche Gesichtspunkte	286
2. Gesichtspunkte des internationalen Erbschaftsteuerrechts	287
3. Beispiele	288
III. Analogieprüfung	288
1. Erwerb nach englischem Erbrecht	288
2. Das »statutory legacy« des überlebenden Ehegatten	289
3. Zinsen und Erträge	290
4. »Equitable doctrine of satisfaction«	291
B. Entstehung bzw. Errichtung von »trusts«	292
I. Der Erwerb der »trustees«	292
II. Erwerb von »interests in possession« und »interests in remainder«	294
1. Entsprechende Anwendung von § 3 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG	294
2. Keine entsprechende Anwendung von § 6 ErbStG	295
3. Konsequenzen	297
III. Behandlung des »discretionary trusts«	298
1. Sachrechtliches	298
2. Erwerb der potentiell Begünstigten	298
3. Alternativen für die erbschaftsteuerrechtliche Behandlung des »discretionary trusts«	298
4. Konsequenzen dieser Alternativen	301
IV. »Power of appointment«	303
1. Sachrechtliches	303
2. Erbschaftsteuerrechtliche Konsequenzen	304
C. »Provision for the deceased's family and dependants«	305
I. Überblick über die Regeln des »Inheritance (Provision for Family and Dependants) Act 1975«	305
1. Einschränkung der Testierfreiheit	305
2. Die antragsberechtigten Personen	305
3. Voraussetzungen für eine gerichtliche Anordnung	305
4. Ermessenserwägungen	306

5. Der Inhalt gerichtlicher Entscheidungen	307
II. Räumliche Gesichtspunkte	308
III. Analogieprüfung	308
1. Das Pflichtteilsrecht des BGB	308
2. Rechtliche Vergleichbarkeit	309
D. Donatio mortis causa	310
I. Die donatio mortis causa nach englischem Recht	310
1. Geschenk angesichts des Todes	310
2. Überlebensbedingung	310
3. Aufgabe der Herrschaft über den Gegenstand der Schenkung	311
4. Gegenstände der donatio mortis causa	311
5. Rückwirkung	311
II. Räumliche Gesichtspunkte	311
III. Analogieprüfung	312
1. Vergleichbarkeit von donatio mortis causa und Schenkung von Todes wegen	312
2. Vollzogene und nicht vollzogene Schenkung von Todes wegen und donatio mortis causa	312
E. »The right of survivorship« des überlebenden »joint tenant«	313
I. Miteigentum im englischen Recht	313
II. Räumliche Gesichtspunkte	315
III. Analogieprüfung	315
F. Verträge zugunsten Dritter	317
G. Entstehung der Steuer	317
I. Entstehung der Steuer und »administration of estate«	318
1. Die Rechtsprechung	318
2. Kritik an der Auslegung von § 9 Abs. 1 Nr. 1 a ErbStG	318
3. Die Anwendung von § 9 Abs. 1 Nr. 1 a ErbStG im Falle der »admini- stration of estate«	320
II. Entstehung der Steuer und Errichtung bzw. Entstehung eines »trust« ..	322
III. Entstehung der Steuer in den übrigen Fällen	323
1. Der Erwerb aufgrund des »Inheritance (Provisions for Family and Dependants) Act 1975«	323
2. Der Erwerb aufgrund einer donatio mortis causa	323
3. Der Erwerb des überlebenden »joint tenant«	323
Teil 3 Die Doppelbesteuerungsproblematik	325
1. Kapitel Einseitige Anrechnungsvorschriften	327
A. Die einseitigen Regelungen	327
I. Die Regeln des englischen Erbschaftsteuerrechts	327
1. »Primary credit«	327

2. »Secondary credit«	328
3. Das Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen	330
II. Die Anrechnung der deutschen Erbschaft- und Schenkungsteuer auf die »Inheritance Tax«	330
1. Anrechnung einer Erbanfallsteuer auf eine Nachlaßsteuer	330
2. Besteuerung derselben Verfügung oder desselben Ereignisses	330
3. Besteuerung desselben Vermögensgegenstandes	331
4. Wertübertragungen von »close companies«	332
III. Die Anrechnung der »Inheritance Tax« auf die deutsche Erbschaft- und Schenkungsteuer	332
1. Entsprechung beider Steuern	332
2. Identität des Steuerpflichtigen	332
3. Besteuerung desselben Vermögens	333
4. Die zeitliche Grenze des § 21 ErbStG	333
5. Potentiell ausgenommene Wertübertragungen	333
6. Die Regeln über den Vorbehalt der Nutzung	334
7. »Periodic charges«	335
8. Die Unvollkommenheit von § 21 ErbStG	335
B. Schwächen der (einfachen) Anrechnungsmethode	336
I. Doppelsitus	336
1. Jeweils inländischer Situs	336
2. Jeweils Situs im anderen Land	339
3. Doppelsitus mit Drittlandbeteiligung	339
II. Doppelinländereigenschaft des Gebers	340
1. »Domicile«, Wohnsitz und gewöhnlicher Aufenthalt	341
2. »Deemed domicile«	341
3. Anknüpfung an unterschiedliche Personen	341
III. Doppelinländereigenschaft und Doppelsitus	342
1. Jeweils inländischer Situs und Inländereigenschaft	342
2. Jeweils ausländischer Situs und Inländereigenschaft	342
3. Situs in Dritt- und Viertland	342
4. Situs im Inland und in einem Drittland	343
5. Situs im Ausland und in einem Drittland	343
IV. Inländereigenschaft des Empfängers	343
2. Kapitel Begrenzte Abzugsfähigkeit von Auslandsverbindlichkeiten	345
A. Die Regelung des englischen Rechts	345
B. Die Regelung des deutschen Rechts	345
C. Konsequenzen dieser Regelungen	346
I. Beschränkte Steuerpflicht und überschuldeter Nachlaß	346
II. Zusammenspiel von Sec. 159 und 162 IHTA mit § 10 Abs. 6 ErbStG	347
3. Kapitel Verbesserungsmöglichkeiten	349
Zusammenfassung	351